

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt- und Beteiligungsausschuss	19.09.2013	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	05.11.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Vorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie aus der Bevölkerung zur Haushaltskonsolidierung

Sachverhalt:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sind Vorschläge aus der Bürgerschaft und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geprüft worden. In dieser Vorlage werden die Prüfungen zu den Vorschlägen dargestellt, die in das Aufgabenspektrum des Hauptausschusses fallen.

I. Einsparvorschläge aus der Bürgerschaft

1. Vorschläge, die von der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt werden

a. Mehr Geschwindigkeitskontrollen:

Bislang durfte die Stadt Bielefeld nur an Unfallschwerpunkten wie z.B. Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen sowie an sonstigen Gefahrenstellen Geschwindigkeitskontrollen durchführen. An anderen Stellen war die Polizei zuständig. Das Land NRW hat aktuell den Kommunen auch weiträumigere Messungen z.B. an Schulwegen und in Tempo-30-Zonen erlaubt. Der Hinweis wird verfolgt.

b. Verhinderung von Parken auf unbefestigten Seitenstreifen / Stärkere Kontrollen des ruhenden Verkehrs an bestimmten Straßen:

Der Hinweis wurde an das Ordnungsamt weitergegeben und an den vorgeschlagenen Straßen die Kontrolle intensiviert. Der FiPA hat am 04.06.13 die Einrichtung von 3 zusätzlichen Stellen im Bereich des Verkehrsüberwachungsdienstes beschlossen. Entsprechendes Personal wurde eingestellt.

2. Vorschläge, die schon umgesetzt sind

a. Einschränkungen bei Bauten für die Feuerwehr:

Der Vorschlag wird bereits verfolgt. Seitens der Feuerwehr werden rein funktionale Anforderungen an einen Zweckbau formuliert. Die bei der Realisierung möglichen Kostensenkungen wurden und werden ausgelotet und soweit möglich genutzt.

b. Weniger Einsatz von externen Gutachtern:

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt, allerdings ist für spezielle Fragen weiterhin Sachverstand von außen nötig.

3. Vorschläge, die nicht aufgegriffen wurden

a. Abschaffung des Umweltdezernates:

Die Idee wird nicht verfolgt. Das Dezernat für Umwelt und Klimaschutz mit seinen Organisationseinheiten Ordnungsamt, Umweltamt, Feuerwehr, Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt und Umweltbetrieb ist mit ca. 1.500 Stellen das personell größte Dezernat der Verwaltung mit einem fachlich sehr breit gefächerten Aufgabenfeld.

Hierbei handelt es sich ganz überwiegend um Pflichtaufgaben, die im gesetzlichen Rahmen wahrzunehmen sind und nicht „abgeschafft“ werden können. Aufgrund dieses Aufgabenumfangs würde bei einer Umverteilung auf andere Dezernate die fachliche Steuerung und Koordination erheblich erschwert.

Darüber hinaus sind etwa Klimawandel und Energiewende wichtige Zukunftsthemen, deren Relevanz einen entsprechenden Schwerpunkt in einem Fachdezernat durchaus rechtfertigen. Mit Beschluss vom 18.07.2013 hat sich der Rat erneut zur derzeitigen Anzahl der Beigeordnetenstellen und damit auch der Dezernate bekannt.

b. Verringerung der Anzahl der Löschabteilungen in der Freiwilligen Feuerwehr:

Die Reduzierungen/Zusammenlegungen von Löschabteilungen haben in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass die Gesamtstärke der Freiwilligen Feuerwehr sank. Das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehr ist ein hohes Gut, das durch solche Maßnahmen empfindlich gestört werden kann. Weitere Zusammenlegungen sind deshalb sensibel zu handhaben und vorzubereiten.

Ohne den Einsatz der Löschabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr könnte die Berufsfeuerwehr mit dem vorhandenen Personal die erforderlichen Eintreffzeiten (Schutzziele) allein nicht sicherstellen.

c. Schließung Feuerwache Nord, Reduzierung Löschabteilungen, Reduzierung Erreichungsgrad Schutzziele, Beschaffung Fahrzeugpark, Gestaltung Gerätehäuser Neubauten:

Die Feuerwache Nord wurde errichtet, um die Eintreffzeiten (Schutzziele) in den Stadtteilen Brake, Milse, Altenhagen und in einigen Teilen von Schildesche auf denselben Stand zu bringen wie im übrigen Stadtgebiet. Dieses Ziel wurde erreicht und für Duplizitätsfälle im Innenstadtbereich eine Rückfallebene geschaffen. Erst der gemeinsame Einsatz der Feuerwachen West und Nord stellt in einigen Bereichen von Schildesche die Erreichung des Schutzzieles 1 sicher (Eintreffen von 10 Feuerwehrereinsatzkräften innerhalb von 10 Minuten ab Notrufannahme). Daher kommt eine Schließung nicht in Betracht.

Die Schutzziele sind das Ergebnis einer Gesamtabwägung im Brandschutzbedarfsplan und werden ca. alle 4 - 5 Jahre überprüft und durch den Rat beschlossen (zuletzt am 07.02.2013).

Die Anforderungen an Neu- und Umbauten werden ebenfalls im Einzelfall unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten definiert. Kostensenkungspotenziale werden dabei soweit wie möglich genutzt.

Bei Fahrzeugbeschaffungen werden Standardisierungen schon bisher und künftig noch verstärkt umgesetzt. Auch Sammelbestellungen werden selbstverständlich angestrebt, sind aber nur möglich, wenn genügend Haushaltsmittel für eine entsprechende Mehrzahl an Fahrzeugen zur Verfügung stehen. Senkungen des Fahrzeugstandards sind ebenfalls bereits geplant. Sie werden allerdings voraussichtlich über die Kompensation deutlicher Preissteigerungen hinaus nicht zu größeren Einsparungen führen.

d. Verkauf/Privatisierung der Stadthalle

Der Betrieb der Stadthalle ist angesichts der Größe und Aufgaben der Großstadt Bielefeld angemessen. Eine Privatisierung ohne Kostenbeteiligung der Stadt Bielefeld ist nicht denkbar, da Stadthallen dieser Größenordnung bundesweit bezuschusst werden müssen, um existieren zu können. Daher würde eine Privatisierung keine Einsparungen mit sich bringen.

e. Veränderung der Vergabe von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau

Die Stadt Bielefeld hat hier keine Regelungskompetenz, sondern setzt Bundesgesetze um.

f. Besetzung der Geschäftsführerposition der WEGE

Der Rat der Stadt Bielefeld hat dazu ein Verfahren bestimmt, der Vorschlag wird deshalb nicht verfolgt.

g. Abschaffung Run & Roll-Day

Der Vorschlag wird nicht umgesetzt. Die Kosten in Höhe von rd. 150.000 € werden durch die Veranstaltung selbst gedeckt. Einzuspargende städtische Personalkosten in Höhe von rd. 2.600 € rechtfertigen nicht die Abschaffung dieser erfolgreichen Veranstaltung, an der 2012 mehr als 35.000 Besucher/innen sowie 5.000 Sportler/innen teilgenommen haben.

h. Einschränkungen beim Stadtjubiläum

Da bereits vertragliche Verpflichtungen eingegangen worden sind, ist der Vorschlag nicht umsetzbar. Sollten Projektanträge zurückgegeben werden, werden die Mittel eingespart.

i. Berechnungsverfahren bei der Grundsteuer ändern

Da sich das Berechnungsverfahren auf Bundesrecht stützt, hat die Stadt Bielefeld keine Regelungskompetenz.

j. Geringeres Gehalt für Stadtwerke-Geschäftsführung

Diese Entscheidung obliegt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke.

II. Einsparvorschläge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

1. Vorschläge, die von der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt werden

a. Automatisiertes Verfahren zur Erfassung von Dienst zu ungünstigen Zeiten bei der Feuerwehr:

Der Vorschlag wird als Verbesserungsvorschlag weiter verfolgt.

b. Auflösung der Sennestadt GmbH und Übertragung der Aufgaben auf den ISB

Der Vorschlag wird geprüft und Gegenstand der Beratungen im Unterausschuss des Haupt- und Beteiligungsausschusses sein.

2. Vorschläge, die schon umgesetzt sind

a. Verzicht auf farbige Kopfbögen und Fotokopien

Der Verzicht wird bereits praktiziert.

b. VMittplus papierlos

Die VMittPlus wird bereits jetzt nur in geringer Auflage für Beschäftigte ohne PC-Zugang gedruckt.

c. Besprechungsräume an Externe vermieten

Externe Vermietungen finden soweit möglich statt.

d. Terminvergaben

Terminvergaben organisieren die Ämter schon heute.

e. Bereitschaftsdienste reduzieren

Die Dienste sind schon heute auf ein Minimum reduziert

3. Vorschläge, die nicht weiter verfolgt werden

a. Dienstkleidung der Feuerwehr - Aussetzung des neuen Erlasses zur Anzugsordnung:

Der Vorschlag wird nicht verfolgt. Die Einführung der neuen Bekleidung erfolgt sukzessive im Rahmen der regulären Ersatzbeschaffung. Es wird keine vorhandene, noch tragbare Kleidung ausgesondert. Sie kann weiterhin getragen werden. Gleiches gilt für die Freiwillige Feuerwehr.

b. Neuordnung der Löschabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr unter einsatztaktischen Aspekten mit dem Ziel, Investitionen in Gebäude und Fahrzeuge zu reduzieren:

Der Vorschlag ist im Grundsatz nicht neu, sondern die Prüfung entsprechender Rationalisierungsmöglichkeiten wurde bereits als HSK-Maßnahmen Nr. 175 und 176 mit dem HH-Plan 2010/2011 beschlossen. Diese HSK-Maßnahmen werden weiter verfolgt.

Die Reduzierungen/Zusammenlegungen von Löschabteilungen haben in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass die Gesamtstärke der Freiwilligen Feuerwehr sank. Das Engagement der Freiwilligen Feuerwehr ist ein hohes Gut, das durch solche Maßnahmen empfindlich gestört werden kann. Weitere Zusammenlegungen sind deshalb sensibel zu handhaben und vorzubereiten. Ohne den Einsatz der Löschabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr könnte die Berufsfeuerwehr mit dem vorhandenen Personal die erforderlichen Eintreffzeiten (Schutzziele) allein nicht sicherstellen.

c. Berücksichtigung von Besonderheiten der Feuerwehr bei der Inventurrichtlinie:

Der Vorschlag wird nicht weiter verfolgt. Vereinfachungsmöglichkeiten wurden bereits ausgenutzt. Der damit erreichte Mindeststandard ist zwingend einzuhalten, daher sind weitere Vereinfachungen nicht möglich.

d. Sicherheitsdienst im Rathaus einsparen, Aufgabenerledigung durch die Stadtwache

Die Stadtwache hat nicht genügend Personal, um auch im Rathaus die Sicherheit zu gewährleisten.

e. Reduzierung der Aktivitäten zum Stadtjubiläum mit dem Ziel, 30-50% der Kosten einzusparen

Da der Vorschlag rechtlich nicht umsetzbar ist (Projektförderungen wurden bereits verbindlich zugesagt), wird er nicht verfolgt. Soweit Projekte zurückgegeben werden, sollen die Fördermittel eingespart werden.

f. Zusammenlegung von Büro des Rates und Büro OB

Der Vorschlag wird geprüft, wenn eine der Amtsleiterinnen in den Ruhestand geht oder Aufgabenbereich wechselt.

g. Einheitliche Geschäftsführung für alle politischen Gremien beim Büro des Rates

Der Vorschlag wird nicht verfolgt, da keine Einsparungen zu erwarten sind.

h. Öffentliche Bekanntmachung durch Aushang und Internet

Der Vorschlag wird nicht verfolgt, da keine Einsparungen zu erwarten sind.

Oberbürgermeister	
-------------------	--